Bericht
der
Finanzdelegation der eidgenössischen Räte
an die Finanzkommission des Nationalrates und des Ständerates
über ihre Tätigkeit vom 1. Dezember 1948
bis 30. November 1949

(Vom 30. November 1949)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir haben die Ehre, Ihnen nach Artikel 12 des Regulativs vom 14. Januar 1948 für die gemeinsame Finanzdelegation der eidgenössischen Räte Bericht zu erstatten.

I. Personelles

Die Finanzdelegation war am 1. Dezember 1948 bestellt aus den Herren:

Nationalräte Eder, Dietschi-Basel, Spühler;
Ständeräte Mouttet, Stähli, Bossi.

Ersatzmänner:

Nationalräte Hofer, Anderegg, Bratschi;
Ständeräte Eymann, Haefelin, von Moos.

Der im Dezember 1948 aus dem Rat ausgetretene Ständerat Mouttet wurde durch Herrn Ständerat Eymann und Letzterer wegen Todesfall durch Herrn Ständerat Schmuki ersetzt.

Ersatzmänner: Es wurden bestätigt die HH. Nationalräte Hofer, Anderegg und Bratschi sowie Herr Ständerat von Moos. Der als neues Mitglied gewählte Ständerat Eymann wurde durch Herrn Ständerat de Weck ersetzt. Für den im September 1949 aus der Finanzkommission ausgetretenen Herrn Ständerat Haefelin wurde der Nachfolger noch nicht gewählt.

Ende des Berichtsjahres war die Finanzdelegation wie folgt zusammengesetzt:

Nationalräte Eder, Dietschi-Basel, Spühler.
Ständeräte Stähli, Bossi, Schmuki.

Ersatzmänner:

Nationalräte Hofer, Anderegg, Bratschi;
Ständeräte von Moos, de Weck.

II. Sitzungen

Im Berichtsjahr fanden 21 Sitzungen, wovon 18 in Bern und drei auswärts, statt.

III. Behandelte Geschäfte

Nachstehend resümieren wir in Kürze die hauptsächlichsten Geschäfte, mit denen sich die Finanzdelegation zu befassen hatte:

Als ordentliche Traktanden

wurden behandelt:

1. der Voranschlag für das Jahr 1950;
2. die Staatsrechnung für 1948;
3. die Nachtragskredite 2. Folge 1948, 1. und 2. Folge 1949, soweit gewöhnliche Vorschüsse zu bewilligen waren. (Die übrigen Kredite fallen in die Kompetenz der Finanzkommissionen.);
4. 420 Revisionsprotokolle der eidgenössischen Finanzkontrolle;
5. 248 Anregungen der Finanzkontrolle;
6. 1188 Bundesratsbeschlüsse;
7. die Quartalsabrechnungen der Kriegswirtschaftsämter;
8. die Berichte über die Preisausgleichskassen und Fonds;
9. die Kontrollberichte über die Schweizer Spende-Aktionen;
10. die Protokolle betreffend die kriegswirtschaftlichen Syndikate.

Ausserdem nahm die Finanzdelegation Veranlassung, vom Bundesrat, den Departementen und Abteilungen schriftliche oder mündliche Berichte einzuholen über Angelegenheiten, denen sie eine besondere Bedeutung beimass, oder über welche sie zusätzliche Auskünfte als notwendig erachtete. Wir erwähnen davon als die wichtigsten:

1. die Frage des Ankaufs von ausländischen Flugzeugen im Zusammenhang mit der Eigenproduktion;
2. die Zertifizierung von Dollarguthaben in USA.;
3. die Probleme des Personalabbaues, behandelt auf Grund der Expertenberichte sowie nach persönlichen Augenscheinen bei verschiedenen Amtsstellen;
4. die Frage der Honorierung unserer Auslandvertretungen;
5. die Beiträge der Schweiz an internationale Organisationen, ihre Angemessenheit und die Berücksichtigung schweizerischen Personals durch dieselben;
6. die Finanzierung des Kasernen-Neubaues Losone. Dieses Geschäft beanspruchte uns in mehreren Sitzungen. Den Begehren der Finanzdelegation wurde Rechnung getragen;
7. Organisation und Funktionen der Schweizerischen Verrechnungsstelle und deren Verhältnis zum Bund, verbunden mit einer Orientierung am

- Sitze dieser Institution. Die dem Bundesrat unterbreitete Meinungs-
 äusserung in bezug auf die Rechtsgrundlage, Publizität und Verhältnis
 zum Bund harrt zurzeit noch der Beantwortung;
8. Orientierung in bezug auf die Aufgaben der Kriegstechnischen Abteilung
 auf Grund eines Referates von Herrn Bundesrat Dr. Kobelt und seiner
 nächsten Mitarbeiter;
 9. die Abwertung der englischen Währung; Orientierung durch Herrn
 Bundespräsident E. Nobs, Vorsteher des eidgenössischen Finanz- und
 Zolldepartements;
 10. Massnahmen zugunsten des Weinbaues 1949. Aussprache mit dem Vor-
 steher des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements und der Abtei-
 lung für Landwirtschaft; Rechtsgutachten der Justizabteilung betreffend
 Kompetenzfragen;
 11. Missbräuche bei der Durchführung der Weissweinaktion 1948;
 12. allgemeine Aussprache über den Voranschlag der Eidgenossenschaft für
 1950 auf Grund eines orientierenden Referates von Herrn Bundespräsi-
 dent E. Nobs und der Botschaft des Bundesrates vom 28. Oktober 1949.
 Diese Aussprache diente der Koordinierung der Arbeit in den beiden
 Finanzkommissionen. Das Ergebnis der Aussprache dürfte es recht-
 fertigen, dieses Vorgehen auch für die Zukunft ins Auge zu fassen.

Zur Finanzlage des Bundes

Die Staatsrechnung 1948 schloss mit einem Reinertrag von 176 Millionen
 Franken, bestehend aus 199 Millionen Franken Überschuss der Voranschlags-
 rechnung und 23 Millionen Franken Aufwandsaldo der Vermögensverände-
 rungen. Ohne Berücksichtigung der Warengeschäfte ergab sich gegenüber
 dem Voranschlag eine Verbesserung um 399 Millionen Franken, resultie-
 rend aus 223 Millionen Franken Mehreinnahmen und 176 Millionen Franken
 Minderausgaben.

Die Bilanz weist auf Ende 1948 eine Fehldeckung von 7983 Millionen
 Franken auf, gegenüber einer solchen von 8159 Millionen Franken auf Ende
 1947. Die Schuldenabnahme um 2,16 % kann angesichts der im Jahre 1948
 festgestellten Hochkonjunktur der Wirtschaft zweifellos nicht befriedigen.

Stellt man die Ergebnisse der Budgetrechnung 1948 den Voranschlägen
 1949 und 1950 gegenüber, so erhält man folgendes Bild:

	Bj. 1948	Vo. 1949	Vo. 1950
	Mio. Fr.	Mio. Fr.	Mio. Fr.
Einnahmen	2091	1423	1151
Ausgaben	1892	1424	1466

Falls die Übergangsordnung zur Bundesfinanzreform zustandekommt, so
 würden sich die Einnahmen im kommenden Jahre um 471 Millionen Franken
 erhöhen, so dass sich ein Einnahmenüberschuss von 156 Millionen Franken er-
 geben würde. Der Rechnungsabgleich kann für 1949 noch nicht mit Sicherheit

vorausgesagt werden. Für 1951 spricht der Bundesrat in seiner Botschaft zum Voranschlag für das Jahr 1950 ernste Befürchtungen aus, die wir durchaus teilen. Für den letztgenannten Voranschlag hat Ihnen die Finanzdelegation ihre Überlegungen bekanntgegeben. Ihre beiden Kommissionen haben den Anregungen zum Teil Rechnung getragen.

Kriegswirtschaftliche Syndikate

Mit Ausnahme des Syndikates für Vieh- und Fleischwareneinfuhr und der «Seifenkonvention» haben nun alle kriegswirtschaftlichen Syndikate ihre Liquidation beendet. Ihre Rechnungen wurden durch die eidgenössische Finanzkontrolle geprüft. Die bezüglichen Berichte wurden uns laufend vorgelegt. Sie geben zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass.

Preisausgleichskassen

Im Laufe des Berichtsjahres nahm die Liquidation von Preisausgleichskassen ihren Fortgang; zurzeit bestehen von den ursprünglich 57 Preisausgleichskassen noch deren 11, wovon noch 5 in Funktion; die übrigen vor dem Abschluss ihrer Liquidationsperiode stehen. Auch über diese Gebilde berichtet uns die eidgenössische Finanzkontrolle periodisch durch ihre Revisionsberichte.

IV. Inspektionsreisen

Die Finanzdelegation führte die ihr obliegenden Besichtigungen und Inspektionen teils in corpore, teils sektionweise durch. Die ganze Finanzdelegation begab sich an den Sitz der Schweizerischen Verrechnungsstelle, da in bezug auf deren Organisation und Verhältnis zum Bunde Abklärungen wünschenswert erschienen.

Die Sektionen widmeten ihre Aufmerksamkeit insbesondere:
 einzelnen Grenzzollämtern;
 den militärischen Anlagen in Thun;
 der eidgenössischen Versuchsanstalt für Obst- und Weinbau in Pully;
 der Verwaltung der Zentralen Ausgleichsfonds in Genf;
 der eidgenössischen Preiskontrollstelle;
 der eidgenössischen Münzstätte.

Diese persönlichen Orientierungen an Ort und Stelle hinterliessen durchwegs einen guten Eindruck. Immerhin wurden in bezug auf die Preiskontrollstelle weitere Abbaumöglichkeiten aufgezeigt und dem Bundesrate zur Kenntnis gebracht.

V. Beziehungen zur eidgenössischen Finanzkontrolle

Das von den eidgenössischen Räten am 2. April 1927 genehmigte Regulativ für die eidgenössische Finanzkontrolle bestimmt, dass die Finanzdelegation und die Finanzkommissionen mit der zentralen Kontrollstelle direkt verkehren. Die Finanzkontrolle hat ihnen jede verlangte Auskunft zu erteilen und jeweils

für die Sitzungen alle Bundesratsbeschlüsse, die sich auf den Finanzhaushalt des Bundes auswirken, alle Protokolle und Revisionsberichte sowie alle Korrespondenzen zwischen Finanz- und Zolldepartement und den übrigen Departementen, ihren Verwaltungen und Abteilungen, der Bundeskanzlei und den eidgenössischen Gerichtsbehörden zur Verfügung zu stellen. Auch hat die Finanzkontrolle der Finanzdelegation und den Finanzkommissionen das nötige Personal bereitzuhalten.

Im Jahre 1948 hatte die Finanzkontrolle 65 715 Anweisungen in 744 312 Posten mit Fr. 77 207 Millionen Franken Umsatz zu prüfen. Darin nicht enthalten sind 10 376 Anweisungen der Schweizer Spende mit 14 612 Auszahlungsposten.

Mit Befriedigung hat die Finanzdelegation auch im Berichtsjahre festgestellt, dass die eidgenössische Finanzkontrolle ihre grosse, nicht immer angenehme Aufgabe mit Hingebung und Unparteilichkeit erfüllt. Die Finanzdelegation hatte in verschiedenen Fällen Gelegenheit, Anregungen und Beanstandungen der Kontrollstelle zu unterstützen.

VI. Schlussbetrachtungen

Unser Land erfreut sich seit mehreren Jahren einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur, welche auch im Berichtsjahre in den meisten Wirtschaftszweigen Vollbeschäftigung brachte. Es ist denn auch bei verschiedenen Gelegenheiten festgestellt worden, dass in solchen Jahren die Einnahmenüberschüsse viel bedeutender sein sollten, wenn man in absehbarer Zeit eine wesentliche Abtragung der Bundesschuld erreichen will.

Die Einnahmen erreichten wohl Rekordhöhen, leider stiegen aber auch die Ausgaben in ähnlichem Masse an.

Ohne die «Zur Finanzlage des Bundes» gemachten Ausführungen wiederholen zu wollen, schliessen wir unsern Bericht, indem wir in Übereinstimmung mit dem Bundesrat insbesondere zu folgenden Feststellungen gelangen:

1. dass der Personalabbau wohl weitere Fortschritte gemacht hat, was wir mit Befriedigung feststellen, dass er aber als noch nicht abgeschlossen gelten kann, was allerdings in vielen Fällen nur durch Verzicht auf neue staatliche Massnahmen möglich sein wird und dass, wo solche notwendig sind, sie mit einfachsten Mitteln und — wir fügen hier bei — womöglich mit dem bestehenden Beamtenapparat durchzuführen seien. Ferner sollte in jedem Falle von Ausscheiden durch Tod oder Pensionierung von neutraler Stelle untersucht werden, ob ein Ersatz unumgänglich notwendig ist.

2. Die Finanzdelegation stellt mit Befriedigung fest, dass es ohne Rückwirkungen auf die Lebenskosten möglich war, die Aufwendungen für die Verbilligung lebensnotwendiger Nahrungsmittel einzuschränken. Die vollständige Entlastung der Bundesrechnung von solchen Aufwendungen ist unseres Erachtens nach Massgabe der Entwicklung der Lebenskosten mit Nachdruck anzustreben.

Die Finanzdelegation hat mit Entrüstung von Missbräuchen bei Inanspruchnahmen von Bundeshilfe Kenntnis genommen und erwartet, dass die Verantwortlichkeiten nach der administrativen und rechtlichen Seite hin abgeklärt werden. Es erscheint auch als selbstverständlich, dass unrechtmässig erfolgte Bezüge rückerstattet und die sich aus der Untersuchung aufdrängenden Sanktionen ergriffen werden.

3. Angesichts der steigenden Tendenz der Militärausgaben begrüsst die Finanzdelegation die baldige Einsetzung einer gemischten Kommission zur Überprüfung der ganzen Konzeption unserer Landesverteidigung vom militärischen und vom wirtschaftlichen Standpunkte aus. Die Aufgaben dieser Kommission sind von ausserordentlicher Wichtigkeit. Wir erwarten, dass auch das Parlament darin angemessen vertreten sein wird.

4. In bezug auf die Währungsfrage betonen wir, dass wir aus den Erfahrungen der dreissiger Jahre lernen müssen. Mit Befriedigung stellen wir fest, dass der Schweizerfranken dank der gesunden wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse die Schockwirkung der Abwertung ausländischer Währungen überstanden hat. Die feste Haltung des Bundesrates verdient unsere Anerkennung.

5. Die besten Konjunkturzeiten sind zweifellos für unser Land vorbei. Es wäre aber übertrieben, heute schon von einer Krise zu sprechen. An Bundeshilfe darf erst beim Vorliegen einer wirklichen Notlage und nur für Aufgaben, welche nur mit Hilfe der Eidgenossenschaft gelöst werden können, appelliert werden. Es sollte nicht zur Selbstverständlichkeit, noch weniger zum guten Ton gehören, für die Meisterung einer Schwierigkeit an den Bund zu gelangen, bevor alle andern Möglichkeiten versucht worden sind.

Wir können dem Bundesrat nur beipflichten, wenn er an alle Volkskreise appelliert, diszipliniertes Verhalten, grösste Sparsamkeit auf allen Gebieten, höchste Anstrengung in der täglichen Arbeit und Zurückstellen des Eigennutzes zu beweisen.

Dieser Appell ist heute um so angebrachter, als wir voraussichtlich vor schweren Jahren stehen, so dass wieder überall mit dem Franken gerechnet werden muss.

Bern, den 30. November 1949.

Im Namen der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte,

Der abtretende Präsident:

Dr. C. Eder, Nationalrat

Bericht der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte an die Finanzkommission des Nationalrates und des Ständerates über ihre Tätigkeit vom 1. Dezember 1948 bis 30. November 1949 (Vom 30. November 1949)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1949
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	49
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.12.1949
Date	
Data	
Seite	1168-1173
Page	
Pagina	
Ref. No	10 036 857

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.